



Niederschrift Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 11.03.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	BAU/025/19

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Barrierefreier Umbau Verkehrsstation Gernsheim dauert an
- 1.2 Aktuelle Luftbilder von Gernsheim
- 1.3 Fertigstellung Neubau Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld
- 1.4 Gefahrgutunfall Solvadis; Prüfung gesundheitliche Beeinträchtigungen der Feuerwehrleute
- 2 Tisch und Bänke am Pilgerweg nach Maria Einsiedel
Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0023/S/19
- 3 Öffentlich zugänglicher Straßenkataster
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0024/S/19
- 4 Entlastung von Schwerlastverkehr in Gernsheim Nord
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0025/S/19
- 5 Ausbau des Tanklagers Solvadis
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am 25.02.2019
Vorlage: 0040/S/19

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Kunkel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Vorsitzende stellt fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Herr Bolenz, Herr Fertig, Frau Kunkel

Für die SPD-Fraktion: Herr Bayer, Frau Goetz

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia

Für die FDP-Fraktion: Herr Kummert

1 Bericht des Magistrats

1.1 Barrierefreier Umbau Verkehrsstation Gernsheim dauert an

Seitens der Deutschen Bahn wurde mitgeteilt, dass im Zuge des barrierefreien Um- und Ausbaus der Station Gernsheim nun parallel an beiden Zugangsrampen, am Aufzug und in der Personenunterführung gearbeitet wird.

Der östliche Zugang (an der Bensheimer Straße/Andreas-Diettmann-Straße) zu den Bahnsteigen 1 bis 3 ist voraussichtlich noch bis Juni 2019 gesperrt.

Zu den Bahnsteigen 2/3 gelangt man über den westlichen Zugang (an der Andreas-Brentano-Straße/Bahnhofstraße). Die Zugangsrampe an der westlichen Seite wird voraussichtlich im Juni 2019 fertig gestellt.

Die Deutsche Bahn bittet für die Verzögerungen im Bauablauf weiterhin um Verständnis, auch für die notwendigen Absperrungen und Umwege sowie den zuweilen auftretenden Baulärm.

Seitens einer Anwohnerin wurde vorgeschlagen, im Bereich der Treppe am Bahnsteig 1 eine zusätzliche Rampe zu errichten. Die Idee wird seitens der Schöfferstadt Gernsheim befürwortet, die Deutsche Bahn wird den Bau der Rampe jedoch nicht realisieren.

1.2 Aktuelle Luftbilder von Gernsheim

Mit Antrag 0218/S/16-12 der FWG wurden in den Haushalt 2.000 EUR eingestellt, um die nicht mehr aktuellen Luftbildaufnahmen von Gernsheim, die im ersten Stock des Stadthauses hängen, zu erneuern.

Die neuen Luftbildaufnahmen wurden am Dienstag, 05.03.2019 montiert, der Antrag ist somit umgesetzt.

1.3 Fertigstellung Neubau Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld

Der Einweihungstermin für das neue Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld wurde auf Samstag, den 13.04.2019, 11:00 Uhr, gelegt.

Letzte, kleinere Restarbeiten wurden erledigt oder sind beauftragt.

Die noch ausstehende Ausstattung der beiden Sektionaltore wurde am 11.03.2019 vorgenommen.

Seitens des Planers, Herrn Kehl, erfolgt die Fertigbauabnahme in der kommenden Woche.

1.4 Gefahrgutunfall Solvadis; Prüfung gesundheitliche Beeinträchtigungen der Feuerwehrleute

Bei der Feuerwehrführung sind bis heute, auch auf Nachfrage, keine Meldungen über körperliche Beeinträchtigungen durch den Gefahrguteinsatz am 07.01.2019 eingegangen.

Dass es während des Einsatzes selbst kurzfristig zu Unwohlsein bei einzelnen Feuerwehrleuten gekommen sein kann, ist nicht auszuschließen.

Dies kann aber aus unterschiedlichsten Gründen (z.B. Atemschutz, körperliche Belastung, Müdigkeit) geschehen und ist kein Einzelphänomen des Einsatzes am 07.01.2019.

2 Tisch und Bänke am Pilgerweg nach Maria Einsiedel Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2019, eingegangen am 11.02.2019 Vorlage: 0023/S/19

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Tisch und die vier Bänke entlang des Pilgerweges werden gegen neue ausgetauscht.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Produkt 54 102.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : -

3 **Öffentlich zugänglicher Straßenkataster**
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0024/S/19

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines öffentlich, digital zugänglichen Straßenkatasters, in dem jeder Bürger die in Zustandsklassen bewertete Straße, die letztmalige Sanierung und Vorplanung für eine künftig geplante grundhafte Sanierung erkennen kann.“

Im Rahmen der Aussprache bietet Herr Bürgermeister Burger an, aufgrund der Komplexität des Themenfeldes „Abschaffung/Änderung Straßenbeitragssatzung“, zu welchem weitere im Haupt- und Finanzausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandelnde Anträge vorliegen, in einer noch zu terminierenden Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses gesondert zu beraten.

Er führt weiter aus, dass die betroffenen Anwohner einer anstehenden Straßensanierung bereits 5 – 6 Jahre vor Beginn der Maßnahme erstmalig informiert werden und eine Stundung der Gebühren von bis zu 20 Jahren zu einem Prozentsatz von 1 % über dem Basiszinssatz möglich ist. Die Aussagekraft eines öffentlich zugänglichen Straßenkatasters ist nur bedingt verlässlich, insbesondere in der Unterteilung in Zustandsklassen, da sich der Zustand nur auf die Straßenoberfläche richtet, jedoch nicht auf den Zustand des Kanals und der Wasserleitungen. Ein bilaterales Einzelgespräch der Bürger mit der Bauverwaltung ist hier zielführender, um detaillierte Informationen einzuholen.

Herr Fetsch gibt zu bedenken, dass die Erstellung eines öffentlich zugänglichen Katasters durch die Bauverwaltung nicht zu leisten ist und ggfs. ein Ingenieurbüro hinzugezogen werden müsste. Die Klärung der Kostenhöhe und die Verfügbarkeit der finanziellen Mittel müssten noch erfolgen.

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs erklärt Frau Goetz, dass über diesen Tagesordnungspunkt erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2019 abgestimmt werden soll.

4 **Entlastung von Schwerlastverkehr in Gernsheim Nord**
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2019, eingegangen am
11.02.2019
Vorlage: 0025/S/19

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Magistrat prüft, ob eine Entlastung der Anwohner in Gernsheim Nord durch eine geänderte Verkehrsführung für Lkw herbeigeführt werden kann.

Hierzu nimmt der Magistrat entsprechende Gespräche mit allen relevanten Behörden und Organisationen auf, um festzustellen, ob und wie folgende Projekte realisierbar sind:

1. Der gesamte Lkw-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord wird über eine neu zu errichtende Bahnüberführung in der Verlängerung der Chemiestraße auf die Emanuel-Merck Straße geleitet.
2. Als Alternative zu einem Neubau einer Bahnüberführung wird der gesamte LKW-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord über die Mainzer Straße in Richtung Biebesheim und das dortige Industriegebiet (HIM) abgeleitet.

Über die Ergebnisse zu Punkt 1 und 2 berichtet der Magistrat bis zu den Sommerferien in einer Sitzung des Bauausschusses.“

Herr Bürgermeister Burger führt aus, dass ein rechtsgültiger Bebauungsplan des ehemaligen Silingeländes existiert, der nicht in Frage zu stellen sei. Die Abwassererschließung stehe noch aus und sei in einem städtebaulichen Vertrag zu regeln.

Für ein Brückenbauwerk dieser Größe sei ein 50 Meter breiter Böschungsfuß nötig, die Chemiestraße hingegen hat eine Breite von lediglich 10 Metern. Daher müssten die Grundstücke der angrenzenden Eigentümer (der Fa. Waibel und der Dr. Schwiete-Stiftung) heran gezogen und in die bestehende Bebauung eingegriffen werden. Die Weiterleitung des Verkehrs auf die Emanuel-Merck-Straße führe in eine Sackgasse und müsste über die Robert-Bunsen-Straße durch das Industriegebiet auf die B 44 gelenkt werden.

Herr Jirele bittet für die SPD-Fraktion um Einsichtnahme ins ursprüngliche Genehmigungsverfahren des Bauantrages und des Verkehrskonzeptes des früheren Silingeländes.

Zu Punkt 2 des Antrages weist Herr Bürgermeister Burger darauf hin, dass eine Umsetzung zu keinem guten nachbarschaftlichen Verhältnis zur Gemeinde Biebesheim beiträgt.

Die seitens der Schöfferstadt Gernsheim beabsichtigte Sperrung der Wormser Straße für den LKW-Verkehr kann nur erfolgen, wenn dieser Straße der Charakter einer Durchgangsstraße genommen wird. Diesbezügliche Maßnahmen sind in Planung (Pflanzkübel, markierte Parkbuchten, etc.). Auch die Mainzer und Biebesheimer Straßen würde

zwischen der Pfungstädter Straße und der Rheinstraße eine deutliche Entlastung des LKW-Verkehrs erfahren.

Die angrenzenden Straßen zur Mainzer Straße sind Landes- oder Kreisstraßen, die dem überörtlichen Verkehr gewidmet sind. Eine LKW-Sperrung zur Lenkung des Verkehrs ist hier durch die Kommune nicht möglich.

Die Abstimmung über Punkt 1 und Punkt 2 des Antrages erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 1: Ablehnung

Ja-Stimmen : 3 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 3 (CDU)
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 2: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (CDU)
Enthaltung : 1 (CDU)

5 Ausbau des Tanklagers Solvadis Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am 25.02.2019 Vorlage: 0040/S/19

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

"Resolution zum Ausbau des Tanklagers Solvadis

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt spricht sich gegen eine Erweiterung der im Gernsheimer Hafen befindlichen Tankanlage im Allgemeinen und gegen eine von der Firma Solvadis beim Regierungspräsidenten beantragten Erweiterung dieser Anlage im Besonderen aus.

Die Stadtverordnetenversammlung behält sich vor, über alle Maßnahmen in diesem Zusammenhang im Einzelfall zu entscheiden."

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar erklärt, dass eine Resolution als Mahnung an die verantwortlichen Entscheidungsträger dienen kann. Da die Stadtverordnetenversammlung keine Entscheidungsbefugnis hat, sondern diese beim Regierungspräsidium Darmstadt liegt, könne auch nicht über einzelne Maßnahmen befunden werden. Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar bittet darum, dass Herr Kummetat als Antragsteller für die FDP-Fraktion den letzten Satz der Resolution nochmals überarbeitet.

Herr Kummetat erklärt für die FDP-Fraktion, dass er damit einverstanden ist und aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs keine Abstimmung erfolgen soll. Herr Kummetat wird zum Haupt- und Finanzausschuss am 13.03.2019, spätestens jedoch zur Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2019 einen Änderungsantrag vorlegen, über welchen dann abgestimmt werden soll.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schiffführerin
hü